



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Antisemitismus an bayerischen Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst führt eine Anhörung zum Thema „Antisemitismus an Hochschulen“ durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

- antisemitische Vorfälle an bayerischen Hochschulen, unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz
- Protestaktionen an bayerischen Hochschulen mit potenziell antisemitischen Inhalten
- Situation jüdischer Studierender und Lehrender an bayerischen Hochschulen
- Situation internationaler Studierender aus Israel an bayerischen Hochschulen
- hochschulinterne Zuständigkeiten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus
- Forschung zum Thema Antisemitismus und dessen Bekämpfung an bayerischen Hochschulen

Begründung:

Seit dem 7. Oktober 2023 haben antisemitische Vorfälle an den Hochschulen zugenommen und sind manifest antisemitische Einstellungen an den Hochschulen sichtbar geworden als in den Jahren zuvor. Trauriges Beispiel ist der brutale Angriff auf einen Studierenden der Freien Universität (FU) Berlin Anfang des Jahres. Derartige Straftaten sind uns an bayerischen Hochschulen derzeit nicht bekannt, aber dennoch ist eine erhöhte Sensibilität für das Thema und auch ein zunehmend als bedrohlich empfundenes Klima für jüdische Studierende und Lehrende an bayerischen Hochschulen erkennbar.

Zwar sind laut jüngsten Erhebungen manifest antisemitische Einstellungen an deutschen Hochschulen signifikant weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung (Studie der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) – dennoch sind unsere Hochschulen auch in gewissen Maßen Spiegel unserer Gesellschaft. Antisemitismus hat wie andere menschenfeindliche Einstellungen an Hochschulen, auch aufgrund der verfassungsmäßig zu garantierenden Freiheit von Forschung und Lehre, keinen Platz.

Gleichzeitig nehmen die Hochschulen in ihrer Forschung und Lehre auch eine Schlüsselfunktion zur Bekämpfung von Antisemitismus und Vorurteilen ein. Sie können in ihrer Forschung solche Einstellungen aufdecken, analysieren und dekonstruieren. In der

Lehre und Weiterbildung sind sie als Multiplikatoren stark darin, zur Bekämpfung von menschenfeindlichen und antidemokratischen Ansichten beizutragen.

Der Landtag sollte sich aufgrund seiner eigenen Zuständigkeit für die Hochschulen daher mit der aktuellen Situation an den Hochschulen betreffend das Thema Antisemitismus eingehend beschäftigen und sich von Geschehnissen an den Hochschulen wie auch von aktuellen Entwicklungen im Bereich Forschung und Lehre ein genaues Bild machen.